

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Beitraglicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholbar vom Postamt 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(GmbH. G.m.b.H.)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Gesichtswort 25 Pfg., Familienwort 15 Pfg.,
Vereinswort 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 59.

Berlin, Sonnabend, 8. Dezember 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Auslieferung in Deutschland. — Methoden des gewerblichen Einigungsverfahrens. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbände-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Auslieferung in Deutschland.

Wir haben schon im „Gewerkeverein“ darauf hingewiesen, daß die westpreussische Landwirtschaftskammer sich ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, den Leutenmangel in der Landwirtschaft durch die Einführung von Chinesen abzuwehren. Wollten die Gutsherren sich daran gewöhnen, in dem Arbeiter einen Menschen zu sehen, den man als solchen behandeln muß, um ihn durch ausreichende Bezahlung und anständige Behandlung von der Abwanderung in die großen Städte und Industriezentren abzuhalten, dann würde die Leutennot vielleicht gar nicht bestehen. Die Unfreiheit, der meist noch sehr geringe Lohn und eine leider nur noch zu oft vorkommende menschenunwürdige Behandlung treiben die Leute vom Lande fort. Dagegen sollen nun Rufe ertönen, nachdem bereits Regier., wenn auch erst vereinzelt, in der Landwirtschaft tätig sind.

Gegen den Import von Chinesen als landwirtschaftliche Arbeiter wendet sich nun auch ein Artikel in Dr. Viktor Böhmerts „Soziale Korrespondenz“. Diese Korrespondenz vertritt eine gemäßigte Richtung in der Sozialpolitik. Der Artikel bringt aber auch ihr Blut in Erregung. Es sei eine Pflicht der Sozialpolitik, die ein Ausfließen des deutschen Arbeiterhandes wünschten, auf die sehr großen Gefahren hinzuweisen, die der Rullimport nicht nur für den Landarbeiter, sondern ganz allgemein für Deutschland mit sich bringen würde.

Der Rull bedeutet billig und mächtig; mit ihm kann man keine anderen Arbeiter, sondern nur ein niedrig stehendes Proletariat vergleichen. Er hat auch keine andere materielle Bedürfnisse als dieses. Er lebt von schlechtestem Reis, und ein Stalk, in dem er mit feinesgleichen zusammengepreßt liegt, genügt ihm als Wohnung. Das Niveau der östpreussischen Landarbeiter ist, an sich schon über westdeutschen Verhältnissen gemessen, tief, aber es ist unendlich hoch gegenüber der Lebenshaltung des Rulls. Und unter den Einflüssen dieser Lebenshaltung würden in Zukunft die Verhältnisse des deutschen landwirtschaftlichen Arbeiters gestellt werden. Aber mittelbar würde dieser Einfluß noch weiter reichen. Der billige Rull treibt die landwirtschaftlichen Arbeiter in die Industrie, in die Städte, und sie drücken dort durch ihren Wettbewerb und die Bedürfnislosigkeit einer tieferen Kultur den Preis der Arbeit. Wer die Geschichte der Chinesenwanderung in den Vereinigten Staaten, in Australien, auf den Sandwichsinseln usw. kennt, der wird das nicht als leere Schwarzschere betrachten. Überall wiederholt sich der gleiche Vorgang: zuerst kamen sie in einzelnen Gruppen, und dann bald, da der Chinese mehr als jeder andere Volkstamm eine Herdenatur besitzt, in ungezählten Tausenden, wie die Heuschrecken. Der verzweigte Kampf gegen die Rullarbeit in den Vereinigten Staaten und Australien ist bekannt.

Zuerst wird der Rull als Ausnahme verlangt und eingeführt werden. Ähnlich sind ja auch die Gallier und Ruffen zuerst als Landarbeiter zu und gekommen. Aber wer dem einen Landwirt den Rull gestattet, kann ihn dem anderen nicht verweigern. Ruffen und Gallier haben immerhin schon eine höhere Lebenshaltung; sie besitzen nennenswerte Ewäue, und sie besitzen Selbstbewußtsein und genug persönlichen Ehrgeiz, um sich nicht alles gefallen zu lassen. Bei dem Rull ist von diesen seelischen Eigenschaften nicht die Spur vorhanden.

Rullisch besteht die Auslieferung nicht nur für den deutschen Arbeiter, sie würde auf unser gesamtes

Volkstum zurückwirken. Der Chinese ist ein Pfahl im Fleisch aller nicht mongolischen Völker; er würde es auch in Deutschland sein. Eine Chinesenfuge würde den sozialen Kampf in Deutschland ungemein verschärfen. Aber nicht nur wirtschaftlich und sittlich, sondern auch gesundheitlich bedeutet der Rullimport eine große Gefahr für uns. Dagegen kennt der niedrig stehende Chinese nicht. Er ist vielfach mit ansteckenden Krankheiten behaftet, und es ist ihm gleich, ob er sie weiter verbreitet. Der Rull hat den Ruf nach Australien und Amerika verschleppt; er ist bei seiner Herdenatur und seinen in jeder Beziehung unansehnlichen Lebensgewohnheiten ein ständiger Seuchenherd. Wer sich über alle diese Bedenken hinwegsetzen kann, der meint es nicht gut mit dem deutschen Volke. Und doch lehren uns agrarischen Kreisen die Forderung nach Einfuhr chinesischer Arbeiter seit länger als fünfzehn Jahren mit großer Regelmäßigkeit und immer stärkerem Nachdruck wieder. Offenbar wird dem Rull erst ein Einfluß in Deutschland, so können wir sehr davon überzeugt sein, daß er bei der Ueberbevölkerung des Landes der Mitte wie ein Geheuer einwandern wird.

Der Rull ist unzweifelhaft das billigste menschliche Arbeitsmittel, aber ihm um materieller Vorteile willen den Weg zu uns frei zu machen, würde sein ein Verbrechen am deutschen Vaterlande.

Offenlich bleiben diese ersten Worte nicht ohne Eindruck. Wenn die Landwirtschaft, insbesondere der Großbesitz, jetzt nicht instande ist, deutsche Arbeiter zu bezahlen, wo ihm das Geld schiefelweise ins Haus getragen wird, dann wird sie niemals in die Lage kommen, vernünftige Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Großgrundbesitzer sind in der Lage vernünftige Arbeitsbedingungen Flag greifen zu lassen. Sie können sich aber in die ihnen obliegenden sozialen Pflichten nicht hineinreden. Die gräßlichen Verleumdungen, schwere Mißhandlungen und selbst die Tötung von Landarbeitern durch ihre Herren werden von den Gerichten sehr milde angesehen. Ist doch der Inspektor des Gutes Rutenheim im Kreise Ansbach, der einen ordentlichen, nüchternen Landarbeiter am 27. August 1905 infolge eines kurzen Wortwechsels über den Haufen geschossen hatte, freigesprochen worden, weil das Gericht annahm, der Inspektor habe sich in Notwehr befunden. Die Arbeitszeit auf diesem Gute dauert von 4 1/2 Uhr morgens bis zum Abend und zwar oft bis 10 Uhr oder auch bis 11 Uhr nachts. Jungen befanden, daß auf dem Gute viele Mißhandlungen vorkämen, daß wiederholt Arbeiterfamilien in städtischer Flucht diesem Eldorado den Rücken gefehrt hätten. Während dem Mörder und dem die Krute mitgehenden Gutsherrn kein Haar gekrümmt wird, belam ein Reaktor, der diese Dinge testified hatte, 300 Mk. Geldstrafe oder 30 Tage Haft aufgebürdet. Wenn die Arbeiter bei solcher Behandlung davonlaufen, so ist das gewiß weiter nicht verwunderlich. Der Staat aber würde zum Verbrecher an eigenen Volke, wenn er die Knechtschaft gewisser Gutsherren noch durch die Zulassung von Chinesen unterstützen wollte.

Methoden des gewerblichen Einigungsverfahrens.

Wir haben über die Referate berichtet, die auf der 3. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform gehalten wurden und haben auch die Beiträge von Dr. Wilhelm Zimmermann mitgeteilt, die er für die Methoden des gewerblichen Einigungsverfahrens aufgestellt hatte. Nachzutragen haben wir einen zusammenfassenden Bericht über die nachfolgende sehr lebhaft diskutierte. In dieser gingen natürlich die Meinungen vielfach erheblich auseinander und dennoch kam überall der Gedanke zum Ausdruck, daß ein Weg der Verständigung zur möglichsten Berichtigung von Arbeitskämpfen gefunden werden müsse. Den ersten

Diskussionsredner, Herrn Berggrat von Rosenberg, haben wir nicht gut verstehen können. Der Redner las seine Rede vom Manuskript ab und sprach dabei sehr undeutlich. Es schien uns, daß er den Beweis führen wollte, die englischen Verhältnisse, namentlich im Bergbau, ließen sich nicht auf Deutschland übertragen. Es konnte hingu, daß in Deutschland der Bergbau zum Teil staatlich sei. Die Beamten dieser bürokratisch verwalteten Bergwerke würden sich wohl schwerlich bereit finden lassen, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Der Vorsitzende der Siebenerkommission der Bergarbeiter, Effert-Offen, brachte sehr viele Details zum Vortrag, um daran zu zeigen, daß es im Bergbau vor allem an der richtigen Führung der Lohnkämpfe fehle. Die Grubenbesitzer hätten fast allgemein die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen abgelehnt. Kommerzienrat Wägenstein feierte die Tarifgemeinschaft als das wirksamste Mittel für die Erhaltung des sozialen Friedens. Die Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe wünschten eine kräftige Organisation der Arbeitnehmer, denn sehr wohl mit dieser, aber nicht mit Unorganisierten könnten friedliche Verhältnisse geschaffen werden.

Unter Verbandsredakteur Goldschmidt wies darauf hin, daß erst dann eine ruhige Entwicklung im Bergbau zu erwarten sei, wenn die Arbeiterorganisationen von den Unternehmern anerkannt würden. Die Großunternehmer des Bergbaus müßten dahin gebracht werden, daß sie in den Arbeitern gleichberechtigte Menschen sehen. Schiedsgerichte, Einigungsämter und Tarifverträge bildeten grundsätzliche Forderungen der Deutschen Gewerkevereine. Der Buchdruckertarif sei in der Tat ein großes Werk. Entschieden verurteilt werden müsse aber der darin zum Ausdruck gebrachte Organisationszwang. Die Freiheit der Arbeiter in der Wahl der Organisation müsse unter allen Umständen anrecht erhalten werden. Auch Abg. Dabach vertrat später den Standpunkt, daß der Organisationszwang im Buchdruckertarif nicht zu billigen sei. Landgerichtsrat Rutenmann forderte die obligatorische Einführung von Schiedsgerichten. Der Bergwerksdirektor Trippel-Dortmund, der ebenfalls die Verhältnisse im englischen Bergbau studiert hat, setzte auseinander, daß man jene nicht auf den deutschen Bergbau übertragen könne, insbesondere was die Freisetzung des Gedinges angehe. Die englische Kohle sei einheitlicher gelagert und daher auch sehr viel leichter abzubauen, als z. B. die westfälische Kohle. Die deutschen Bergwerksbesitzer, die bei einem Streit die Kriegskosten zu zahlen hätten, seien allerdings gehalten den Wunsch zu hegen, daß ein Weg zur friedlichen Verständigung sich finden möge. Die Arbeiterorganisationen müßten aber dafür sorgen, daß sie vernünftige Leute mit umfassender Sachkenntnis zu ihren Führern wählten, damit das Verhandeln auch möglich gemacht würde. Ob ein Bergwerksdirektor mit vollem sozialen Verständnis seine Sache leite, oder ob ihm diese mangle, das werde in der sozialdemokratischen Presse nicht unterchieden. Mit groben Beschimpfungen werde auch der Verständigte und Beste immer wieder traktiert. Herr Wieder, von den christlichen Gewerkschaften erklärte seine Zustimmung zu den Forderungen, die in den Vorträgen der Referenten niedergelegt seien.

Dermeister Richard-Berlin schloß, daß die Gesellschaft für Soziale Reform sich zu sehr auf die Seite der Arbeiter stelle und für die Unternehmer wenig Verständnis zeige. Die Berliner Tischlermeister hielten aber daran fest, daß ohne Festlegung der Arbeitsbedingungen in vereinbarten Tarifen nicht gearbeitet werden könne, da sonst den Meistern jede Grundlage für die Rationalität fehle. Dermeister Heinrich-Berlin von der Schlosserinnung verwies darauf, daß seine Innung eine Verständigung mit den Arbeitern getroffen hätte. Allerdings seien es hier meist die Arbeiter, die von einem Tarif nichts wissen wollten. Jubilant

Herrn Theiler aus Rodingen. Der Erfolg war durchschlagsvoll gut zu nennen. Erfolgreicherweise konnten einige neue Zählstellen errichtet werden. Ein Ortsverein blüht neu auf und zwar auf den Trümmern ehemals sozialistischer Herrschaft. In dem französischen Grenzort Bückwitz folgten im Laufe dieses Sommers der Sozialdemokratie noch Lausener in einen Streit. Dieses Vorwärtsschreiten der Gewerkschaften läßt sich überblicken, die Wächter der sozialistischen Verbände nicht ruhen, und in der absehbaren Zukunft geht es über den Gewerkschaften her. So war es der wichtige Braut des Metallarbeiterverbandes, Herr Zilmann, der in einer öffentlichen Versammlung in Differenzen nach einem sachlichen Streit des Herrn Balzer glaubte, anstatt auf das Referat einzugehen, einen Punkt von Verbindungen in die Versammlung werfen zu müssen, mit dem Erlaube, von dem Referenten gehörig zu werden. Demnach hat Herr Zilmann, daß aus der trotz des schlechten Wetters gut besuchten Versammlung eine erhebliche Anzahl Neuaufnahmen zu verzeichnen war. Es geht also vorwärts auf der ganzen Linie in unserem Erzgebirge. Die Frage des neuen Kollegen ein neuer Ansporn sein, noch eifriger für die Gewerkschaften einzutreten.

§ Tabelle. Der Ortsverband hielt am 22. November im Schulsaal eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung unter Vorsitz des Kollegen Niebel ab. An Stelle des am Erscheinen verhandelten Kollegen Knecht-Breit, hatte Kollege Herrndt-Deubend das Referat über Unternehmern- und Arbeiterorganisationen übernommen. Der Referent fand lebhaften Beifall. In der Diskussion wurden die اسپونierenden Sozialdemokraten gründlich heftig geleistet. Die Versammlung nahm einen lebhaften, in jeder Hinsicht sehr glänzenden Verlauf.

§ Schwarzenbach, Ortsverbandsdirektor.

§ Offen a. d. Ruhr. Die Gewerkschaften haben in diesem Jahre besonders lebhaften Kampf. Auch wir Gewerkschaften nahmen mit einer selbständigen Rolle an diesem Kampfe teil. Die christlichen Gewerkschaften erzielten 1752, die freien Gewerkschaften 7963 und die Deutschen Gewerkschaften 1180 Stimmen. Da es eine Verhältniswahl war, so wählten von den 16 in der Wahlenden 8 auf die christlichen, 7 auf die freien, und einer auf die Deutschen Gewerkschaften. Im Vergleich mit den vorjährigen Wahlergebnissen erzielten die freien Gewerkschaften 11 pSt., die christlichen Gewerkschaften 16 pSt. und die Deutschen Gewerkschaften 18 pSt. Der Kampf war ein sehr lebhafter. Er fand unter dem Zeichen: hier Arbeiterinteresse, hier Parteizweck! Gemäß unserer grundsätzlichen Standpunkte wandten wir uns als deutsche Gewerkschaften und im Gegensatz zur sozialdemokratischen Agitation an die nationale Arbeiterkraft. Den christlichen Gewerkschaften gegenüber wiesen wir darauf hin, daß diese Organisation der politischen Reaktion Handlanger spielen ließe. Daß wir uns als deutsche Gewerkschaften als die nationale Arbeiterkraft wendeten, legt die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das Hauptorgan der Christlichen, als „eine Verleugnung unseres Namens“ aus. Es scheint, daß die Christlichen die Bezeichnung „national“ als ihr Parteileben zu reklamieren wollen. Damit würden sie dann allerdings nur einen reaktionären Trick der rechtschreibenden Parteien nachahmen, die alles für „antinationale“ erklärten, was nach dem Mut der christlichen Kritik besag. National ist jede Bewegung, die in deutschem Boden wurzelt. Unser Erfolg bei der freien Gewerkschaftswahl ist gewiß nur ein vorläufiger, aber er ist in voller Unabhängigkeit und Selbstständigkeit erreicht worden. Wir haben weder geteilte noch parteipolitische Agitationen für uns. Wer mit uns geht, nimmt fast seiner selbständigen Lieberzeugung für uns. Der Charakter der Partei ist unsern Angehörigen verhaft, weil die Einheit und Kraft der Persönlichkeit im blinden Hintergedanken verloren geht. Wir beteiligten uns hier erst zum zweiten Male selbständig an der Gewerkschaftswahl und sind vorwärts gekommen. Mit der

wachsenden Bildung in der Arbeiterschaft wird auch die Zahl der selbständigen Persönlichkeiten unter ihnen wachsen. Dieser Entwicklungsgang sichert unserer Sache die Zukunft. Darum insbesondere für interessierten Arbeiter, treten ein in die Deutschen Gewerkschaften!

§ Magdeburg. Der kommende Verbandstag und seine Aufgaben. Trotzdem wir kurz vor dem Wahltag am 16. Verbandstage stehen, ist es sehr still in der Gewerkschaftspressen und doch wird von dem nächsten Verbandstage so außerordentlich viel erwartet. An die Regelung der Frage zu den Ausbreitungsverbänden wird mancher Kollege Hoffnungen hegen, die nicht in Erfüllung gehen werden. Auch erreicht ein großer Teil, daß das, was in Hannover nicht erreicht wurde, in Kiel geschaffen wird, nämlich die Aufstellung eines Bundesamtes in den verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes. Eine weitere wichtige Frage wird die sein: „Wie soll in Zukunft die Leitung unserer Verbände angefaßt werden?“ Die Regelung der Verbandsabläufe und die Stellung zur politischen Bewegung werden ebenfalls eine eingehende Aussprache erfordern, dazu eine Ummenge besondrer Wünsche der verschiedenen Ortsvereine und Ortsverbände, wie Bestellung einer eigenen Druckerei und Verbands-Zeitung. Wenn ich nun den Kollegen der Diskussion eröffne, so geschieht es, um die Kollegen zu veranlassen, aus der Reihe herauszutreten, um durch Wort und Schrift zu den wichtigsten Fragen Stellung zu nehmen, und so dazu beizutragen, eine Klärung der wichtigsten Punkte herbeizuführen.

Die Stellung der Zentralleitung zu den Ausbreitungsverbänden ist durch die Resolution Siegler und Genossen geradezu unklar geworden. Es wird das erste sein müssen, diese Resolution wieder aufzuheben; damit tritt der frühere Zustand wieder ein, der, trotzdem er sehr viel böses Blut machte, doch besser war als der jetzige. Nach meiner Ansicht können die Ausbreitungsverbände wohl als solche anerkannt werden, aber zunächst sind die Hauptfrage hierin nicht mehr gelöst. Man mag einmal die Orts- und Ausbreitungsverbände untereinander regeln, dann wird sich vieles besser lassen; ferner ist es Sache der einzelnen Gewerkschaften, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Entweder diese behalten ihre Vereinen, beim Beitritt auch aus der Hauptfrage ihre Beiträge zu zahlen, oder man hebt die Ortsverbände auf. Eine ist nur nötig, entweder Ortsverbände oder Ausbreitungsverbände. Wichtiger ist die Frage, Aufstellung von Verbandsbeamten. Gerade durch Siegler und Genossen wurde dies in Hannover zu Fall gebracht. In Kiel kann diese Frage wohl Erledigung finden. Die Frage der Befreiung der Anwaltskammer hat ja die Kollegen der Ausbreitungsverbände in Leipzig schon beschäftigt. Ich habe auch heute noch wie in Leipzig als Gegner der dortigen Vorlage dieser Frage gegenüber und bin der Meinung, daß sich auch aus unseren Reihen Kollegen finden, die dem Verbandsrat der Deutschen Gewerkschaften vorkommen. Schwieriger dürfte die nächste Frage, die politische Betätigung unserer Mitglieder sein. Hier würde zuerst einmal der Antrag damit gemacht werden müssen, daß unsere Mitglieder in die bestehenden bürgerlichen politischen Parteien eintreten, um dort in den Sinne einer gesunden Wirtschaftspolitik sich Achtung und Anerkennung zu verschaffen.

Die Gründung einer sogenannten Arbeiterpartei halte ich bei der politischen Unreife für ein Un Ding. Die Herausgabe der Verbandszeitschrift könnte mit der Zahlung der Beiträge zu den Ausbreitungsverbänden verknüpft und geregelt werden, so daß der Betrag, um den die Verbandsbeiträge herabgesetzt werden, als Beitrag zu den Ausbreitungsverbänden gezahlt werden dürfte.

Offensichtlich veranlassen diese Zeiten nicht nur die Mitglieder und Ausbreitungsverbände, sondern auch die Zentralleitung, hierzu Stellung zu nehmen, um so die Arbeiten des Verbandstages zu erleichtern.

§ Mannheim. Der Ortsverband hielt am Sonntag, 25. November, nachmittags, im überfüllten großen Saale des Restaurants „Karl Theodor“ eine Versammlung

ab, um zu dem Gewerkschaftstag betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Stellung zu nehmen. Das Referat hielt Herr Robertus Hartmann zum Schluß gelangte einstimmig folgende Resolution zum Ausdruck: „Die heutige sehr stark besuchte Versammlung des Ortsverbandes Mannheim ist mit den Ausführungen des Referenten über den Gewerkschaftstag betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine einverstanden. Die Versammlung erklärt, dem Gewerkschaftstag seine jetzigen Form nicht zustimmen zu können, sie betrachtet die in dem Gewerkschaftstag enthaltenen Bestimmungen als eine Anebelung der Arbeitervereinsorganisationen. Die Gewerkschaften erwarten vom Reichstage, daß dem Gewerkschaftstag eine Fassung gegeben wird, durch welche die Aktionsfähigkeit der Arbeiterorganisationen nicht lahmgelegt wird. Die Versammlung protestiert besonders gegen die Bestimmungen des Entwurfs, die den Arbeitern im Bereich des Bauwesens und in der Landwirtschaft das Wahlrecht vorenthält. Die Versammlung fordert alle organisierten Arbeiter auf, sich der schärferen Schädigungen, die der Entwurf ihren Organisationen bringt, bewusst zu werden und einstimmig dagegen Stellung zu nehmen.“

§ Weiden. „Daß ich morgen leben werde, weiß ich nicht, daß ich aber, wenn ich lebe, sicher dann auch sterben werde, das weiß ich sehr gewiß.“ So dachte auch die Kollegen in Weiden, als sie am 28. November vor der Gewerkschaftswahl standen, und zeigten konnten, daß der Gewerkschaftstag noch lebt und daß sie gewillt sind, für ihre Sache energisch einzutreten. Die Kollegen waren Mann für Mann an der Wahlurne. Ihre Mühe und Arbeit war nicht vergebens. Das angelegte Gewerkschaftsmittelglied Hermannsberg wurde mit 5 Stimmen Mehrheit zum Gemeinderatsmitglied gewählt. Ein Bravo, den wackeren Kollegen!

Friedrich Winterl, Sekretär.

Verbands-Zeit.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsabend der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswaldstr. 221/222. Gäste willkommen. — **Schwabach** der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 8—11 Uhr, Redungsabende im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften (Südwest). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 8. Dezember.** **Maschinenbau und Metallarbeiter III.** Abends 8—10 Uhr Jahlabend im Vereinslokal. Schluß der Anmeldungen zur Weihnachtsfeier. Um 10 Uhr Konfektionierung. **Maschinenbau und Metallarbeiter VII.** Abends 9 Uhr bei Otto Lehmann, Waldplatzstr. 14—16. **E.-D. Protokoll.** Monatsbericht. — **Maschinenbau und Metallarbeiter XI.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Gock, Altkönigsstr. 28. **E.-D. Ausschuss** u. a.

Orts- und Bezirksverbände.

Berlin (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im lokale bei Herrn Witt. **Qualitäts-Wasser, Diskussionsabend.** — **Hannover** und **Wiesbaden** (Ortsverband). Die Besprechungsbücher des Ortsverbandes-Heftes sind jeden Dienstag, abends 9 Uhr, im Verbandslokal „Königsplatz“, Sträßl. 12, bei **Waden** (Diskussionsklub). Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Balber, „Jägerhof“. — **Stettin.** **Arbeitervereins-Ausbreitungsverband.** Jeden Donnerstag, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Diskussionsabend im Lokal Engelke, Schifferstr. 9. Gäste willkommen. — **Wachen** und **Kamagend** (Ortsverband). Sonntag, 8. Dezember, in Wachen im lokale formam, Büchel 5, Vertretung. — **Mühlheim a. Rh.** und **Kamagend** (Ortsverband). Sonntag, 8. Dezember, nachm. 4 1/2 Uhr in Bings, Restaurant Rüber, Kirchstr. Verbandsvereinsammlung. Um 9 1/2 Uhr Ausschusswahl.

Anzeigen-Zeit.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Verbandsgegnossen
kauft
niemals nach  8 Uhr abends

und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Verein der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Nachmittagsgeschäfts.

Deutsche Friedensgesellschaft.
Zweiggruppe Berlin.

Mittwoch, 5. Dezember, abds. 8 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung

im großen Saale des Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften, Greifswaldstr. 221/222. Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Robertus H. Goldschmidt über „Weltfrieden und Arbeiterbewegung“. Diskussion. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Gegen bringen eingeladen sind alle organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen.

S. U. Dr. B. Seel.

Organisationsrat: Robertus H. Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswaldstr. 221/222. — Druck und Verlag: Coedde & Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110.

Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Gewerkschaften.

Die ordentliche Generalversammlung findet am Sonntag, 9. Dezember, vorm. 9 Uhr im Verbandsbureau, Greifswaldstr. 221/222, statt. E.-D.: 1. Tätigkeitsberichte, 2. Anträge, 3. Erwahlung des Vorstandes, 4. Berichtsabende.

Die Vertreter der Ortsvereine werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

3. U.: Paul Müller, Kassierer
Hans, Beisitzer, 7 III.

Banzen. Durchreisende erst im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei Karlsruh, Beisitzer 1.

Hann in Weisbaden (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mk. Unterbringung beim Verbandskassierer Carl Bahrer in Hann, Sangehofstr. 62.

Weisbaden a. G. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Abendbrot, Nachtgeld u. früh Kaffe. Karten bei G. Fischer, Weisbadenerstr. 20.

Frauen, Töchter und Schwestern
unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

Frauen-Begräbnis-Lasse
des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.

Eintrittsgeld 25 Pfg. * Aufnahme vom 15. bis 31. Jahr.

Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.

Der Bodenbeitrag beträgt je nach Höhe der gemäßigten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.

Staubblätter und Material verleiht das Verbandsbureau:
Berlin NO. 55, Greifswaldstr. 221/222.

Moskauer a. Kamagend. (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Reiseunterbringung von 50 Pfennig. Karten beim Vereinskassierer Otto Gansow, Gausstr. 7.

Chemnitz. Der Arbeitsnachweis sowie die Ausgabe des Ortsverbandesheftes befindet sich bei Frau E. R. p. c. Degenstr. 17, III. Etage, mittags von 12—1, abends von 7—9 Uhr.

glückert werden soll. Wie die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ nun mitteilt, haben zwischen den beteiligten Ressorts kommissarische Beratungen stattgefunden, die zu dem Ergebnisse führten, daß die Einrichtung einer besonderen staatlichen Wohlfahrtsbehörde unwahrscheinlich sein würde.

Eine solche Behörde würde in die bestehende Behörden- und Verwaltungsorganisation nicht hineinpassen, die Initiative der übrigen Behörden auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege notwendig beschaffen und durch den unvermeidlichen autoritativen Zwang die selbständige Betätigung und Weiterentwicklung der gerade auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege so segensreich wirkenden zahlreichen freien Organisationen schädigen. Empfehlenswerter erschien die Begründung einer freien Vereinigung, und zwar in Anlehnung an eine der schon vorhandenen Wohlfahrtsorganisationen. Hierbei kam in erster Linie die in Berlin bestehende Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrt in Betracht, deren Wirksamkeit in einem engeren Rahmen schon jetzt bestenfalls Aufgaben gewährt ist, die das allgemeine Organ für Wohlfahrtspflege späterhin erfüllen soll. Die Satzungen jener Zentralstelle sind demgemäß nach den Erfordernissen des zu erweiternden Arbeitsgebietes umgearbeitet worden. In diesem Entwurf sind die Satzungen einer zu begründenden „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ ist das Arbeitsfeld der Zentralstelle gemäß den Wünschen des Abgeordnetenverbandes abgegrenzt und vor allem auch ein ständiger Beirat, welcher aus in der Wohlfahrtspflege praktisch erfahrenen Männern, insbesondere den Leitern unserer bestehenden großen Wohlfahrtsorganisationen, Mitgliedern der Parlamente usw. bestehen soll, vorgeschrieben worden. Zur Durchführung der ihr übertragenen neuen Aufgaben sollen der Zentralstelle Staatsmittel in erheblicher verhältnismäßiger Umlage überwiesen werden. Die Satzungen haben dem Abgeordnetenverbande im Februar d. J. vorgelegen. Letzteres war der Meinung, daß in dieser Angelegenheit zunächst noch eine Sachverständigenkommission, in die namentlich auch Männer der praktischen Wohlfahrtspflege berufen werden sollten, zu hören wäre. Die demgemäß einberufene Konferenz hat dem Organisationsplan im wesentlichen zugestimmt. Der Statutenentwurf wird nunmehr der Delegiertenversammlung der letzten Zentralstelle zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Staatsregierung hat gleichzeitig an alle Organisationen und Vereinigungen, die auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt praktisch tätig sind, die Unterstützung ersucht, der neuen Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ beizutreten und derselben ihre eifrige Mitarbeit zu leisten zu lassen. Bei der Ausarbeitung der Satzungen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist besonders Wert darauf gelegt worden, daß die künftige Zentralstelle die zahlreichen bestehenden, segensreich wirkenden freien Organisationen und Vereinigungen auf den verschiedensten Gebieten der Wohlfahrtspflege in keiner Weise in ihrer Selbstständigkeit und freien Betätigung beeinträchtigen oder zwingenweise vereinigen. Die Zentralstelle soll denjenigen Vereinigungen und Organisationen, welche sich ihr anschließen, lediglich Gelegenheiten geben, miteinander Fühlung zu nehmen, Erfahrungen auszutauschen und wertvolle Informationen an die einschlägigen Arbeitsgebiete zu erlangen — Möglichkeiten, die den einzelnen Organisationen und Vereinigungen in ihrem eigenen Interesse nur höchst erwünscht sein können. Insbesondere wird eine dauernde Fühlungnahme aller auf dem weiten Gebiete der Volkswohlfahrt tätigen Kreise erreicht und der gemeinsamen Mitarbeit im Beirat, in den der Vorstand in erster Linie 30 Vertreter (und ebenfalls 30 Frauen) und der Mitte der der Zentralstelle angeschlossenen größeren Wohlfahrtsorganisationen zu wählen und die Reichs- und Staatsregierung weitere 18 Mitglieder zu entsenden hat, sowie ferner aus der gemeinsamen Mitarbeit in dem engeren Kreise des Beirats, in den die Vertreter der größeren Organisationen gleichfalls durch die Wahl der Mitgliedervereinigungen hineingelangen werden.

Wenn die Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen, die als freie Organisation zweifellos manche Verdienste aufzuweisen hat, in ihrer neuen Organisation so wirkt, wie von ihr erwartet wird, dann würde die dankenswerte Anregung des Grafen Douglas doch nicht ohne Erfolg geblieben.

Wie Kaiser und Könige Thronreden an die Parlamente richten, so tun auch die Präsidenten der Republiken, die ihre Erklärungen dann aber als „Botschaft“ bezeichnen. Präsident Roosevelt hat diesmal eine besonders umfangreiche Botschaft an den Senat und das Repräsentantenhaus gerichtet. Darin wird gleich zu Anfang gesagt, daß die Nation sich eines buchstäblich noch nicht dagewesenen Gedeihens erfreue, und es sei wahrhaftig, daß nur rücksichtslose Spekulation und Mißachtung rechtmäßiger Geschäftsmethoden diesem Gedeihen wesentlichen Abbruch tun könnten.

Uns interessiert natürlich in erster Linie, was der Herr Präsident über das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gesagt hat. Er bringt zum Ausdruck, daß ihm die „sozialdemokratischen Theorien“ genau so verhaßt sind wie die „Anschreitungen der Plutokratie“ (= Geldherrschaft). Der Triumph des „Mobs“ sei ein ebenso großes Uebel wie es der Triumph der „Plutokratie“ sein würde.

Für die Eisenbahnangelegenheiten soll die Arbeitszeit begrenzt werden. Das Ziel der Gesetzgebung müsse, so weit angängig, die allgemeine Einführung des 8-Stundentages sein. Verlangt wird eine Untersuchung über die Verhältnisse der Frauen- und Kinderarbeit und eine wesentliche Erweiterung des Arbeitgeberhaftpflichtgesetzes. Das schon dem Parlament vorliegende Gesetz über die obligatorische behördliche Unterordnung bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeit-

gebern möge bald verabschiedet werden. Die Botschaft befürwortet ferner die gezielte Zurückhaltung aller noch nicht besiedelten kohlentragenden Länderreize als Staatsbesitz, indes soll der Staat nicht selber die Bergwerke betreiben. Angekündigt wird auch ein Gesetz gegen die Trunksucht und die Einführung einer progressiven Erbschaftsteuer und einer progressiven Einkommensteuer als Bundesbesinnungen befürwortet. Die vermehrten Waffenlieferungen Europas haben den Präsidenten veranlaßt, auch für Amerika eine verstärkte Rüstung zu Wasser und zu Lande zu verlangen. Ueber die neue Regelung der Handelsbeziehungen mit Deutschland enthält die Botschaft nicht einmal eine Andeutung.

Die Staatsunterstützung der Arbeitslosen in Frankreich. Seit dem vorigen Jahre besteht in Frankreich ein Gesetz, welches eine Staatsunterstützung an diejenigen Arbeiterorganisationen gewährt, die ihrerseits für die arbeitslosen Mitglieder sorgen. Man nennt dies das Genter System, weil zuerst dieser Art von Staatsunterstützung mit einigem Erfolge in Gent ausgeführt wurde. In Frankreich aber wollte man die Gewerkschaften besonders zur Arbeitslosenunterstützung ermuntern, weil von ihnen 643.757 Mitglieder nur 30.297 oder weniger als 5 pCt. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besaßen. Die Bedingungen, unter welchen der Staat eine Beihilfe gewährte, waren freilich recht schwer. Sie mußten es aber bei der Natur des Experimentes und dem überaus lockeren Charakter der französischen Arbeiterorganisationen überhaupt wohl sein.

Im ganzen wurden für diesen Zweck in das letzte französische Staatsbudget die wunige Summe von 88.000 Mark eingestiftet. Allein nach einem offiziellen Berichte im „Bulletin de l'Office de Travail“ (Bericht des Arbeitsamtes), ist gar nur circa ein Viertel der bewilligten Summe (22.000 Mark) tatsächlich für diesen Zweck verwendet worden!

Nach dem Gesetze konnte der Höchstbetrag der Staatsunterstützung bis zu 16 pCt. der gezahlten Beiträge der Organisationen bei Volotalorganisationen heraufgehen und für Arbeiterverbände bis auf 24 pCt. Im ersten Halbjahre des verflossenen Jahres meldeten sich 71 Arbeiterorganisationen, die derartige Beihilfe aus Staatsmitteln begehrten, von denen 35 behaftet wurden, im letzten Halbjahre waren 37 Bewerber und 737 Bewilligungen zu konstatieren, unter welche fast genau die Hälfte der bewilligten Summen ausgezahlt wurden. Fast die gesamte Staatsunterstützung ward an Unterhaltungsstellen für Organisationen entrichtet, die sich auf nur ein Gewerbe beschränkten.

Von den insgesamt 24.053 Mitgliedern dieser Unterhaltungsstellen, die Staatsbeihilfe empfangen, gehörten 11.347 oder fast zwei Drittel dem Buchdrucker- und Buchbindereibetriebe an. Unter diesen waren 2490 arbeitslos an 35.155 Tagen, für welche Beihilfe gewährt wurde. Es gaben dazu die Kassen der Organisation 67.000 Mk. und der Staat 13.000 Mk.

Nennenswert war außerdem noch das Metallgewerbe mit 7573 Kaffeemitgliedern, von denen 804 Arbeitslose an 11.523 Tagen mit 13.000 Mk. eigenen und noch nicht 3000 Mk. Staatsgeldern unterstützt wurden.

Die Federbranche wies gar nur 1562 gegen Arbeitslosigkeit verlässliche Mitglieder auf, von denen aber nahezu die Hälfte sich als arbeitslos meldete und auch an 18.894 Tagen unterstützt wurde, so daß die Arbeiter 22.000 Mk. selbst aufbrachten, vom Staate aber noch nicht 2000 Mk. erhielten.

In allen anderen Gewerkschaften zusammen zählte man nur 3807 verlässliche Kaffeemitglieder, 1350 Arbeitslose an 19.814 Tagen mit kaum 20.000 Mk. eigener und 2800 Mk. Staatsbeihilfe.

Der Bericht schließt mit der Erwartung, daß dieses System sich in Frankreich einbürgern werde und die Arbeiterorganisationen zu größerer Fürsorge auf dem Gebiete der Arbeitslosenunterstützung anzuregen werde. Dann sei der Zeitpunkt gekommen, wirksamer zu helfen. Erst aber müsse man Material sammeln.

Es wäre ungerecht, nach so kurzen Beispielen über dieses Experiment den Stab brechen zu wollen. In Gent hat sich dies System jedenfalls bewährt.

Gewerkschaften - Teil.

Ries. Kalteblitz des Streits der Schiffszimmerer und Schiffsbauer der Schiffswerft Stads & Kolbe und der dadurch angelegten Aussperrung von Seiten des Arbeitgeberverbandes besaßen der Gewerkschaften Deutschen Schiffszimmerer, Schiffsbauer und verwandter Berufe (D.S.Z.) zwei große Versammlungen ab mit der Tagesordnung: „Die Ursachen der gegenwärtigen Aussperrung des Arbeitgeberverbandes, was ist mit derselbe?“ Als Referent war Kollege Verbandsführer Rudolf Klein-Berlin anwesend.

Die erste Versammlung, welche am Sonntag, 15. November, nachmittags 2 Uhr, in Röhrens Saalhof, Remühle, stattfand, war gut besucht. Nachdem der Leiter der Ver-

sammlung, Genosse Haefke, dieselbe eröffnet hatte, erhielt der Kollege Klein das Wort. Redner geht zunächst auf die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ein, ging dann auf den Streik bei der Firma Stads & Kolbe ein, welcher schon mehr denn 15 Wochen dauere und nun sich soweit ausgeprägt habe, daß laut Anschlag am schwarzen Brett auf den Schiffswerften Schleswig-Holsteins am 11. November angekündigt wird und daß eine Aussperrung von 10 pCt. sämtlicher auf den Schiffswerften beschäftigter Arbeiter am 24. November vorgenommen werden solle. Diese man nun die Tatsachen in Betracht, die sich während dieses langen Streiks abgepielt haben, so müßte man zu der Erkenntnis kommen, daß wiederum der an Stößen wahn lebende Metallarbeiterverband hier die Hand im Spiele hat und selbst vor der brutalen Vergewaltigung einer ebenfalls als „Hilfswort“ und moderneren Organisation, nämlich des Hamburger Schiffszimmerer-Verbandes, nicht zurücksteht. Schon bestimmte Anordnungen in diesem Streik bewiesen dies nämlich für die Schiffszimmerer: Minimallohn von 50 Pfg. (bisher 45 Pfg.), Freigabe des 1. Mai als Feiertag und Einsetzung des Gründonnerstags dafür als Arbeitstag, dagegen die Fortsetzung der Tätigkeit des Metallarbeiterverbandes: 45 Pfg. für jüngere Schiffsbauer und 48 Pfg. für ältere (bisher 42-45 Pfg.). Ferner die Suche der Metallarbeiterverbände nach Streikbrechern, Weberbetzung derselben in vieler Gewerkschaftsbauhe, damit sie unsofortiger als Arbeitswille bei der Firma eintreten könnten. Gerade diesem Verhalten des Metallarbeiterverbandes hätten es Lausende von Familienvätern zu verdanken, daß es nicht zur Einigung zwischen den Beteiligten kommen könne und so dieselben durch die angebotene Aussperrung seitens des Arbeitgeberverbandes auf Straßengeplänkel geworfen würden. Nachdem man die Sache so weit auf die Spitze getrieben, treibe man die Hand mit den Arbeiterinteressen noch so weit, daß man noch Protestversammlungen abhalte, obgleich man wüßte, daß man selbst die Warte in den Dreck geschoben hätte. Redner schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß diese Tatsachen den Arbeitern einleuchten und sie zu der Erkenntnis kommen müßten, daß nur die Deutschen Gewerkschaften es verstanden und vermocht hätten, die Arbeiterinteressen geschickt zu vertreten. Darum müßte auch in der gegenwärtigen Situation die Parole sein: „Einigkeit in die Deutschen Gewerkschaften. Redner schloß die Versammlung ab, nachdem der Vorsitzende dem Redner Dank ausgesprochen, eröffnete er die Diskussion mit dem Bemerkens, daß eine freie Kaufstraße hier maßgebend sei; auch die anwesenden Metallarbeiterverbände möchten ihnen ausatetigen Gebrauch machen. Jedoch keiner von ihnen meldete sich, erst nach dreimaliger Aufforderung brauchten sich zwei „Hilfswörter“ Metallarbeiter, Pöschel und Berndt, das Wort zu ergreifen. Wenn man nun geglaubt hätte, daß dieselben die Ausführungen unseres Referenten widerlegen würden, so hätte man sich getäuscht. Letzterer ging um die Sache herum, indem er alten Vorkammern wieder ausstrahlte: Wehlich, Fortbewegung; das Bestreben des Metallarbeiterverbandes, die kleineren Verbände verschwinden zu lassen, müsse man gut heißen, damit das Ziel des Metallarbeiterverbandes, einen großen Industrieverband zu schaffen, verwirklicht werde, um so gegen das Unternehmertum den Kampf bis auf Messer durchzuführen zu können. Der Metallarbeiterverbändler Berndt war schon etwas mühsig in seinen Ausführungen, ging aber auf die Sache selbst auch nicht ein. Erwähnte nur den Streik und die Aussperrung der Elektromonteur in Kiel und schloß mit den Worten: nur Kampf bis auf's Messer! müsse die Parole gegenüber dem Kapital sein. Nachdem auch die Kollegen G. A. P. und P. A. P. das Wort hatten, erhielt der Referent das Schlußwort. Kollege Klein widerlegte die falschen Behauptungen des Metallarbeiterverbändlers Pöschel, um dann wieder Herrn an der Hand von Tatsachen der Augen zu führen, daß auf Grund des Prinzips der Deutschen Gewerkschaften, zunächst friedliche Verhandlung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu versuchen, bisher mehr erreicht worden sei, als durch das Brechen des Klassenkampfes und des Kampfes bis auf's Messer. Die letzte Fortbewegung zeigte dies ganz deutlich. Nicht eines jeden Anwesenden müsse es sein, mehr denn je für Ausbreitung unseres Gewerkschafts einzutreten. Hierauf schloß Kollege Haefke mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften die Versammlung.

Nach impoanter für unsere Sache vertritt die zweite Versammlung, welche am Montag, 19. November, mit derselben Tagesordnung im großen Riffersaal in Rief-Gaarden, abends 8 Uhr, stattfand. Die Sache ist doch, daß der neugeborene Kieler Gewerkschaftsbeamte, Herr Ruhn-Berlin, der „Hilfswörter“, uns mit Haut und Haaren vorzuziehen würde; aber hier beantwortete sich so recht das Sprichwort: Das ist nicht alles Porten, was de Raub gibt, sag de Dyrn, dann hidd sei in 'a Ruffhadden peddt. Es ging es auch hier. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Haefke, die hart besuchte Versammlung um 8 1/2 Uhr eröffnet und später unser Kollege Verbandsführer Rudolf Klein in ruhiges, sachliches Referat beendet hatte, wurde die Diskussion eröffnet und erhielt zunächst das Wort der Herr Ruhn, um nun seine „Berichtigungsbere“ gegen die „Hilfswörter“ vom Stapel zu lassen. Knapp hätte derselbe das Podium betreten, als vonseiten seiner Anhänger ein wahrer Kriegsgeheul angestimmt wurde, wie es bei den Detero-weibern üblich ist, wenn sie in den Kampf eingreifen. Herr Ruhn mußte mit Händen und Füßen strampeln, um sich endlich aus dem Geheul zu retten. Nun ging es in dem üblichen Gange ab, aber nicht auf die Tatsachen des Streiks eingegangen, nein, weit gericht, dann hätte man der Wahrheit die Gerechtigkeit müssen, was man nicht will. Erst ging es los, es schloß sich 20 der Schlußworte, die Streikführer, Arbeiterverbändler, unsere Führer wägen Erbverder, Harmonisapostel u. a. mehr. Sie erwiderte, nach etwa 3/4 Stunde, seine unwahrscheinlich gelehrte Dichtung von Profen und Schlagworten ihr Ende erreicht hatte, verließ er unter dem Gehäuf seiner

Sammlung, Genosse Haefke, dieselbe eröffnet hatte, erhielt der Kollege Klein das Wort. Redner geht zunächst auf die Notwendigkeit der Arbeiterorganisationen zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ein, ging dann auf den Streik bei der Firma Stads & Kolbe ein, welcher schon mehr denn 15 Wochen dauere und nun sich soweit ausgeprägt habe, daß laut Anschlag am schwarzen Brett auf den Schiffswerften Schleswig-Holsteins am 11. November angekündigt wird und daß eine Aussperrung von 10 pCt. sämtlicher auf den Schiffswerften beschäftigter Arbeiter am 24. November vorgenommen werden solle. Diese man nun die Tatsachen in Betracht, die sich während dieses langen Streiks abgepielt haben, so müßte man zu der Erkenntnis kommen, daß wiederum der an Stößen wahn lebende Metallarbeiterverband hier die Hand im Spiele hat und selbst vor der brutalen Vergewaltigung einer ebenfalls als „Hilfswort“ und moderneren Organisation, nämlich des Hamburger Schiffszimmerer-Verbandes, nicht zurücksteht. Schon bestimmte Anordnungen in diesem Streik bewiesen dies nämlich für die Schiffszimmerer: Minimallohn von 50 Pfg. (bisher 45 Pfg.), Freigabe des 1. Mai als Feiertag und Einsetzung des Gründonnerstags dafür als Arbeitstag, dagegen die Fortsetzung der Tätigkeit des Metallarbeiterverbandes: 45 Pfg. für jüngere Schiffsbauer und 48 Pfg. für ältere (bisher 42-45 Pfg.). Ferner die Suche der Metallarbeiterverbände nach Streikbrechern, Weberbetzung derselben in vieler Gewerkschaftsbauhe, damit sie unsofortiger als Arbeitswille bei der Firma eintreten könnten. Gerade diesem Verhalten des Metallarbeiterverbandes hätten es Lausende von Familienvätern zu verdanken, daß es nicht zur Einigung zwischen den Beteiligten kommen könne und so dieselben durch die angebotene Aussperrung seitens des Arbeitgeberverbandes auf Straßengeplänkel geworfen würden. Nachdem man die Sache so weit auf die Spitze getrieben, treibe man die Hand mit den Arbeiterinteressen noch so weit, daß man noch Protestversammlungen abhalte, obgleich man wüßte, daß man selbst die Warte in den Dreck geschoben hätte. Redner schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß diese Tatsachen den Arbeitern einleuchten und sie zu der Erkenntnis kommen müßten, daß nur die Deutschen Gewerkschaften es verstanden und vermocht hätten, die Arbeiterinteressen geschickt zu vertreten. Darum müßte auch in der gegenwärtigen Situation die Parole sein: „Einigkeit in die Deutschen Gewerkschaften. Redner schloß die Versammlung ab, nachdem der Vorsitzende dem Redner Dank ausgesprochen, eröffnete er die Diskussion mit dem Bemerkens, daß eine freie Kaufstraße hier maßgebend sei; auch die anwesenden Metallarbeiterverbände möchten ihnen ausatetigen Gebrauch machen. Jedoch keiner von ihnen meldete sich, erst nach dreimaliger Aufforderung brauchten sich zwei „Hilfswörter“ Metallarbeiter, Pöschel und Berndt, das Wort zu ergreifen. Wenn man nun geglaubt hätte, daß dieselben die Ausführungen unseres Referenten widerlegen würden, so hätte man sich getäuscht. Letzterer ging um die Sache herum, indem er alten Vorkammern wieder ausstrahlte: Wehlich, Fortbewegung; das Bestreben des Metallarbeiterverbandes, die kleineren Verbände verschwinden zu lassen, müsse man gut heißen, damit das Ziel des Metallarbeiterverbandes, einen großen Industrieverband zu schaffen, verwirklicht werde, um so gegen das Unternehmertum den Kampf bis auf Messer durchzuführen zu können. Der Metallarbeiterverbändler Berndt war schon etwas mühsig in seinen Ausführungen, ging aber auf die Sache selbst auch nicht ein. Erwähnte nur den Streik und die Aussperrung der Elektromonteur in Kiel und schloß mit den Worten: nur Kampf bis auf's Messer! müsse die Parole gegenüber dem Kapital sein. Nachdem auch die Kollegen G. A. P. und P. A. P. das Wort hatten, erhielt der Referent das Schlußwort. Kollege Klein widerlegte die falschen Behauptungen des Metallarbeiterverbändlers Pöschel, um dann wieder Herrn an der Hand von Tatsachen der Augen zu führen, daß auf Grund des Prinzips der Deutschen Gewerkschaften, zunächst friedliche Verhandlung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu versuchen, bisher mehr erreicht worden sei, als durch das Brechen des Klassenkampfes und des Kampfes bis auf's Messer. Die letzte Fortbewegung zeigte dies ganz deutlich. Nicht eines jeden Anwesenden müsse es sein, mehr denn je für Ausbreitung unseres Gewerkschafts einzutreten. Hierauf schloß Kollege Haefke mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften die Versammlung.

Schwabenhäuser-Kürnberg hielt es für notwendig, mit den Organisationen zu verhandeln. Auch mit den freien Gewerkschaften müsse und könne verhandelt werden. Inbisher, Gen. Redakteur des "Berl. Arbeiter", erklärte die Bergarbeiter zu Tarifverträgen bereit.

Eine sehr eindringliche Rede hielt Professor Harns. Die Politik müsse ausweichen. Ebenso werde Mißbrauch getrieben mit dem Hinweis darauf, daß die Organisationen der Arbeiter nicht als staats-erhaltend angesehen werden könnten. Was sei denn staats-erhaltend? Die einen läßen ein staats-erhaltendes Prinzip in der Erhöhung der Fleischpreise, die anderen in der geistlichen Schulaufsicht, wieder andere hielten das Zentrum für staats-gefährlich. Man möge aufhören immer wieder warnend auf den roten und schwarzen Vapen hinzuweisen. In hohem Maße bedauerlich sei, wie das schon Kollege Goldschmidt hervorgehoben hatte, daß in den Gewerkschaftsblättern mit vielem Haß ein Kampf der Organisationen gegen einander geführt werde. Wenn sich die Unternehmer über den gegen sie angelegenen Ton in der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse entrüsten, so müsse doch daraus hingewiesen werden, daß auch die "Arbeiter-Zeitung" den Haß und die Verbitterung immer wieder von neuem schürte. Die schwere Industrie im Westen müsse zu einer friedlichen Verständigung mit den Organisationen kommen, damit endlich der fruchtbare, das Gesamtwohl des Vaterlandes schädigende Kampf aufhöre. Dr. Pieper-München-Bladbach betlagte den Mangel an sozialem Verständnis in den Kreisen der Industriellen und vielfach auch bei den Gebildeten. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Hier könne man gewiß die englischen Verhältnisse auf Deutschland übertragen. Denn dort habe gerade das bessere soziale Verständnis in den Kreisen der Industriellen, der Kaufleute, Ingenieure, Ärzte und Juristen in hohem Maße zur Milderung der sozialen Gegensätze beigetragen.

In seinem Schlußwort sagte der Vorsitzende Freiherr von Berlepsch die Verhandlungen noch einmal zusammen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der hier einhellig erhobene Ruf nach sozialem Frieden laut und hell in das Reich hinaus klinge und Arbeitern und Arbeitgebern den unserer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und der ganzen Nation so notwendigen Frieden zu bringen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat sich zweifellos ein großes Verdienst dadurch erworben, daß sie die Frage des gewerblichen Einigungswesens zur Erörterung stellte. Ein reiches Material haben Referate und Diskussion zusammengetragen. Fruchtbar wird dieses Material zu verwerten sein für die Bestrebungen der Deutschen Gewerksvereine, die bei aller Kriegsbereitschaft doch grundsätzlich auf dem Boden der Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern stehen. Hätte es bereits vor 20 Jahren eine Gesellschaft für Soziale Reform mit so ernstlichen Bemühungen gegeben, so wäre die deutsche Arbeiterbewegung im Sinne der Gewerksvereine vielleicht doch bereits ein tüchtig Stück weiter gekommen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 7. Dezember 1906.

Es war von der Generalkommission der freien Gewerkschaften angeregt worden, einen gemeinsamen Kongreß aller drei Hauptrichtungen unter den deutschen Arbeiterberufsvereinen: Freie Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften und Verband der Deutschen Gewerksvereine (G. D.) in Berlin im Januar abzuhalten, um durch denselben Stellung nehmen zu lassen zu dem Gesekentwurf betreffend die Berufsvereine. Eine am Dienstag in Berlin stattgefundene Konferenz leitender Personen aus den drei Organisationen konnte natürlich einen entscheidenden Beschluß nicht fassen, weil dieser den beteiligten Hauptvorständen vorbehalten bleiben mußte. Am gestrigen Donnerstagabend wurde im Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine die Sache eingehend besprochen. Es wurde anerkannt, daß ein gemeinsamer Kongreß aller drei Hauptverbände der Arbeiterberufsvereine die Anschauungen der gesamten organisierten Arbeiter über den genannten Gesekentwurf am besten zum Ausdruck bringen könne. Der Zentralrat beschloß daher, die Beteiligung der Deutschen Gewerksvereine für den Fall des Zustandekommens dieses gemeinsamen Kongresses. Die dritte Organisation hält heute, Freitagabend, eine Sitzung des Hauptvorstandes ab.

Der Kongreß findet natürlich nur dann statt, wenn auch hier eine Zustimmung erfolgt.

Eine schon am Mittwoch durch die Zeitungen gegangene Notiz, nach welcher die Gewerksvereine die Beteiligung bereits abgelehnt hätten, beruhte auf einer

Reporterphantasie. Der Zentralrat hat, wie schon bemerkt, erst in seiner gestrigen Sitzung die Entscheidung getroffen.

Zum Gesekentwurf betreffend die gewerblichen Berufsvereine hat der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform nach Schluß der Generalversammlung Stellung genommen und einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

Auf Grund der Referate der Reichstagsabgeordneten Baferrmann und Wiesberts hat der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform am 4. Mai 1901 ein Gejeg zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine als Notwendigkeit und Gebot der Gerechtigkeit" gefordert. In dem Ausschuß an diesem Beszandem festhält, gibt er der Ueberzeugung Ausdruck, daß der jetzt dem Reichstag vorliegende Entwurf in sehr vielen und wichtigen Punkten den Bedingungen widerspricht, deren Erfüllung für eine freie und gedeihliche Entwicklung der Berufsvereine — und zwar derjenigen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer nötig ist. Rückhaltlos wird der Fortschritt anerkannt, den die Vorlage durch die vermögensrechtliche Sicherung und die Erweiterung des Koalitions- und Vereinsrechts den Berufsvereinen gewährt. Aber dieser Fortschritt wird gehemmt, ja gestört durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und das willkürliche Ermessen der Aufsichtsbehörden. Insbesondere sind die Bestimmungen über den Bereich des Gejeges und den Begriff des Berufsvereins teils zu eng, teils ganz unklar gefaßt. Die Befugnisse der Verwaltungsbehörden ebenso wie die Vorschriften über Pflichten und Rechte der Vorstände, Beamten und Mitglieder der Berufsvereine schlagen deren Tätigkeit geradezu in Fesseln. Die Aufzählung der Satzpflicht gibt in ihrer Allgemeinheit die Handhabe zu schändlicher Behdrängung. Die Vorschriften für die Entziehung der Rechtsfähigkeit stellen durch ihre Dehnbarkeit das ganze Leben der Berufsvereine in Frage. Würde der Entwurf in dieser Form Gejeg, so müßte dies ein toter Buchstabe bleiben, da die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Erwerbung der Rechtsfähigkeit verschmähen würden. Um aber den Berufsvereinen die Vorteile der vermögensrechtlichen Sicherung und der Erweiterung ihrer Bewegungsfreiheit zu gewinnen, gibt der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, der Reichstag möge den Entwurf im Sinne einer den tatsächlichen Bedürfnissen der Berufsvereine entsprechenden freien und gerechten Regelung ihrer Rechte und ihrer Pflichten abändern und ausbauen, um dies zugleich im Interesse des Gemeinwohls liegt."

In die Reichstagskommission zur Vorberatung des Gesekentwurfs betreffend die gewerblichen Berufsvereine" sind folgende 28 Mitglieder gewählt worden:

- Scheidt (Vorsitzender), Dr. Lucas (Stellvertreter des Vors.), Bren, Gerstenberger, Dr. Hüffel und Schad (4 Schriftführer), Dr. Hötiger, Bodelmann, Cuno, Wiesberts, Veire, Verold, Dr. Herzfeld, Bergog, Henlignshardt, Dr. Hise, Gue, Korstanti, Kreth, Legien, Meyer (Beisitzer), Dr. Mugdan, Dr. Radnische, Dr. Richter, Dr. Forajig, Dr. Epahn, Timborn, Zehnter.

In der Reihenfolge ist es die XX. Kommission. Die 1. Sitzung wird Mitte Januar abgehalten werden.

Endlich haben sich auch die christlichen Gewerkschaften über den Gesekentwurf betreffend die Berufsvereine geäußert. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm am 30. November Stellung. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Forderung nach Rechtsfähigkeit für die christlichen Gewerkschaften mehr eine prinzipielle als praktische Bedeutung habe. Die Gewerkschaften hätten sich an den bestehenden Zustand gewöhnt und ihre Verwaltungen entsprechend eingerichtet, so daß sie den Nichtbesteh der Rechtsfähigkeit nicht allzu schwer empfänden.

Man hat sich daher bei dem Beszandem nach Rechtsfähigkeit weniger leiten lassen von dem Gedanken, daß die Gewerkschaften dadurch ein besonderer Vorteil erwachsen würde, als vielmehr von dem Gesichtspunkte, daß den Berufsvereinen im allgemeinen, denen der Handwerker, der Gewerbetreibenden und vor allem denen der Privatbeamten, den konfessionellen Arbeiter- und Gesekvereinen die Rechtsfähigkeit von größerem Nutzen sein würde. Die Vorlage der Regierung entspricht dem aber absolut nicht. Sie bestränkt sich lediglich auf die gewerblichen Arbeiter (Titel VII der Gewerbeordnung). Sie stellt somit den Versuch dar, zum erstenmal ein Gewerkschaftsrecht in Deutschland einzuführen. Bei aller Anerkennung der Vorteile gegen den bisherigen Rechtszustand muß aber offen bekannt werden, daß der Gesekentwurf der Regierung die Frage des Gewerkschaftsrechts in einer für die christlichen Gewerkschaften durchaus unannehmbaren Form regeln will.

Bezüglich des § 15, der die Entziehung der Rechtsfähigkeit in bestimmten Fällen vorsieht, wird erklärt, daß Streiks in Gas- und Wasser-

werken allerdings das allgemeine Wohl schwer schädigen. So lange aber diese Arbeiter dem freien Arbeitsvertrage und die Betriebe selbst der freien Konkurrenz unterliegen, dürfte auch diesen Arbeitern das Koalitionsrecht nicht beschränkt werden.

Die Anwendung des § 31 des Bürgerlichen Gesekbuchs auf die Gewerkschaften sei unannehmbar. Die Bestimmung gäbe den Arbeitgebern und den Behörden eine Handhabe, um die Gewerkschaften mit Schadenersatzlagen zu Lasten zu hantieren. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Reichstag dem Entwurf eine Form gebe, die den Gewerkschaften die Benutzung der Rechtsfähigkeit ermöglicht, ohne sie in ihrer Bewegungsfreiheit zu hemmen.

Arbeiterbewegung. In der Fahrabteilsfabrik von Hofmann haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. — Infolge des Altersdifferenzen mit den Formern sind auf den Altsoldaten in Oberschönebrunn bei Berlin sämtliche Arbeiter ausgeperrt worden. — Ein Teil der Arbeiter der Zigarrenfabrik von Kauslein in Algenau bei Hannover sind in den Ausstand getreten. — Die auf den Königssteiner Glashütten, von Wistott & Co. ausgebrochenen Differenzen, die im wesentlichen auf die Abregulierung der Vertrauensmänner des christlichen Verbandes zurückzuführen waren, sind durch Vermittlung des Gewerkerats Klagen in Gagen beigelegt worden. — In den Textilbetrieben des Industriebezirks Hof in Bayern, insbesondere in Gwarenbad a. E. bestehen schon seit einigen Wochen Differenzen, die jetzt zu einem offenen Konflikt auszuwachsen drohen. In einem Betriebe haben bereits mehrere Hundert Arbeiter gefündigt, während die in anderen die Kündigung unmittelbar bevorsteht. — Ein Berliner Baugewerbe löst der jetzt bestehende Tarifvertrag am 31. März 1907 ab. Für den neuen Vertrag haben die Arbeitnehmer die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden und eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Pfg. beantragt. Die Arbeitgeber haben bereits zu diesen Forderungen Stellung genommen und sie für unannehmbar erklärt, sie hoffen jedoch, daß, wie in früheren Jahren, auch diesmal eine friedliche Verständigung möglich sein wird. Es wäre sehr zu wünschen, daß der Ausbruch eines Kampfes vermieden würde, der ungeheure Dimensionen annehmen müßte.

Der erste Sonntag des volkswirtschaftlichen Kurses im weissen Saale des Verbandsbauhauses zu Berlin war von circa 70 lernerigen Gewerksvereinern, darunter auch einige Frauen, besucht. Unser Kollege Goldschmidt eröffnete den Kursus mit einer Ansprache, worin er die Bedeutung einer tüchtigen Bildung hervorhob und Herrn Universitätsprofessor Geheimen Rat Dr. von Halle herzlich dankte für die liebenswürdige Uebernahme der mühsamen, aber höchlich viel Segen stiftenden Arbeit, geistig regsame Arbeiter und Arbeiterinnen in die volkswirtschaftliche Wissenschaft einzuführen. Den Teilnehmern am Kursus nahm der Redner das Versprechen ab, seine einzige Lehrstunde zu versäumen. Um ihnen keinerlei Unkosten aufzuerlegen, sei angeordnet worden, daß während der Lehrstunden nichts berehrt werden dürfe.

Universitätsprofessor Dr. von Halle leitete seine Vorträge ein mit einer übersichtlichen Darstellung der gesamten Volkswirtschaft und stellte die Reihenfolge, in welcher der Unterricht erteilt werden soll, wie folgt auf:

- A. Geschichtliches. 1. Entstehung der Volkswirtschaft. 2. Entstehung der Volkswirtschaftslehre. B. Grundlagen. 3. Die Natur. 4. Die Bevölkerung und der Staat. 5. Arbeit und Technik. 6. Kapital. C. Die Produktion. 7. Produktionsformen. 8. Produktionsordnung. D. Umsatz. 9. Wert, Markt, Preis. 10. Geld und Kredit. E. Einkommen und Konsum. 11. Einkommensformen. 12. Güterverbrauch. F. Soziale Theorien und Utopien. 13. Sozialismus. 14. Soziale Reformen.

Aus der Mitte der Hörer wurde am Schluß des ersten 2stündigen Vortrages der Freude Ausdruck gegeben über die leicht verständliche Vortragungsweise. Die Vorträge finden statt in den Monaten Dezember, Januar und Februar an jedem Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr. Anmeldungen zur Teilnahme werden auch jetzt noch entgegen genommen.

Zentralstelle für Volkswirtschaft. Im preussischen Abgeordnetenhaus hatte Graf Douglas die Errichtung eines Landesamtes für Volkswirtschaft beantragt. Das Abgeordnetenhaus ging, wenn auch nicht ganz im Sinne des Antragstellers, am 6. April 1905 auf die Anregung ein und schloß den Beschluß, die Staatsregierung zu eruchen, zur Förderung der Volkswirtschaft ein behördlich organisiertes Volkswirtschaftsamt zu schaffen, dem ein aus sachverständigen Laien gebildeter ständiger Beirat ange-

